

04.05.2021

Vorlage für die Sitzung des Europaausschusses

am 05.05.2021

Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP

zu Drs 19/2608
Green Deal umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich auch in der Corona-Pandemie zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens und zum europäischen "Green Deal", um eine effizientere Ressourcennutzung durch die Weiterentwicklung einer kreislaforientierten Wirtschaft zu fördern und die Weichen für eine klimaneutrale Zukunft zu stellen.

Der Landtag ist sich bewusst darüber, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und die Transformation aller Sektoren (Wirtschaft, Industrie, Wohnungsbau, Verkehr, Landwirtschaft) bei gleichzeitiger Sicherung von Sozialverträglichkeit und Wohlstand nur gelingen kann, wenn auf Bundesebene und europäischer Ebene wesentliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene insbesondere für eine Ausweitung des Emissionshandelssystems mit absinkender CO₂-Grenze auf die Bereiche Verkehr, Wärme und Landwirtschaft bei gleichzeitiger Technologieneutralität einsetzt.

Jetzt ist die Zeit, um in eine erfolgreiche, klimaneutrale Europäische Union zu investieren, die gleichzeitig sowohl wirtschaftliche Stärke, Wohlstand, Innovationsfähigkeit, soziale Absicherung und zukunftsfähige Arbeitsplätze für alle Europäer sichert als auch Klima und natürliche Ressourcen nachdrücklich schützt.

Dazu gehören:

1. Das Einhalten der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens durch wirksame Reduktionsziele und Maßnahmen auf Basis neuer Erkenntnisse zum fortschreitenden Klimawandel,

2. die Umsetzung einer von der Kommission vorgeschlagenen Strategie zur nachhaltigen Lebensmittelproduktion,
3. ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft einschließlich einer Initiative für nachhaltigere Produkte,
4. die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie 2030 mit besonderer Berücksichtigung der Vorschläge für den Meeresschutz,
5. eine europäische Wasserstoffstrategie der Erneuerbaren Energien,
6. die Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden,
7. Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme für die vom Strukturwandel betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
8. eine wirksame Anpassung des administrativen und regulatorischen Rahmens die ein klimaneutrales Wirtschaften entlastet und klimaschädliches Wirtschaften belastet.

Der Landtag stellt fest, dass der europäische "Green Deal" zu einer neuen Wachstumsstrategie für Europa werden muss, die trotz der Corona-Pandemie die CO₂-Emissionen senkt, die Klimaresilienz stärkt, Wohlstand und Wertschöpfung sichert und neue Arbeitsplätze schafft. Damit dies gelingt, bittet der Landtag, sich auf Bundesebene ferner dafür einzusetzen, dass

1. die Maßnahmen des europäischen Green Deals bei Einhaltung der Ziele und Zwischenziele zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens entlang des Dreiklangs ökologischer Tragfähigkeit, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit ausgestaltet werden, um Klimaschutz mit dem Erhalt von Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen in Einklang zu bringen,
2. die im Rahmen des Green Deals angekündigten schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren ermöglicht werden, um die von der EU-Kommission gerügten, langen Verfahrenszeiten in Deutschland zu verkürzen,
3. das europäische Außenhandelsrecht und Wettbewerbsrecht auf seine Zukunftstauglichkeit hin überprüft wird,
4. Mittel aus dem „Fonds für den gerechten Übergang“ in die Weiterentwicklung innovativer Projekte der Sektorenkopplung der Erneuerbaren in alle Wirtschaftsbereiche eingesetzt werden, dazu gehören auch Ausbau kommunaler Wärmenetze oder die Wasserstoffherzeugung im Rahmen der schleswig-holsteinischen Wasserstoffstrategie,
5. wirksame steuerliche, förderpolitische und beihilferechtliche Rahmenbedingungen für Investitionen in klimaschützende Technologien geschaffen werden,
6. die europäische Industrie, sowie die klein- und mittelständischen Unternehmen, die Motor für klimaneutrale Innovation, nachhaltiges Wachstum und gerechten Wohlstand in Europa sind, nicht zur Vermeidung klimaschutzbedingter Kosten in Drittstaaten verlagert werden, sondern Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Europa und damit auch in Schleswig-Holstein erhalten bleiben,
7. die Standortvorteile von Schleswig-Holstein für die Erzeugung von Strom und Gasen aus regenerativen Energiequellen und das erhebliche Innovationspotential in der Verwendung von Strom aus erneuerbaren Quellen genutzt werden, um zu einer Modellregion für die Umsetzung des europäischen "Green Deal" zu werden. Schleswig-Holstein kann mit zukunftsweisenden Innovationen, mit einer starken Unterstützung der Wissenschaft und Forschung sowie mit Innovatoren aus dem heimischen Mittelstand dazu beitragen, die ambitionierten Klimaschutzziele der

Europäischen Union zu erreichen und den europäischen "Green Deal" sozial- und wohlstandsverträglich umsetzen.

Hartmut Hamerich
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Stephan Holowaty
und Fraktion